

Die Hanns-Seidel-Stiftung in den Transformationsländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas: Ziele, Instrumente und Erfahrungen

Dr. Rainer Gepperth

Dieses Symposium werten wir, die Hanns-Seidel-Stiftung, als ein besonderes Ereignis. Wir stellen uns mit dieser Veranstaltung einer Thematik, die über unsere bisherigen Aktivitäten hinausgeht und zu einem erweiterten strategischen Gesamtkonzept führt. Wir wollen in Zukunft unter Nutzung unserer bestehenden 13 Bildungszentren einen Beitrag leisten zur Entwicklung strukturschwacher Regionen in der VR China, indem über eine Anhebung der Bildungsqualität in diesen Provinzen das Bildungsgefälle zwischen Ost und West abgebaut wird und damit die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Regionen verbessert werden.

Wir haben auch bisher schon Bildung nie als einen isolierten bzw. von anderen Bereichen strikt abgegrenzten Bereich gesehen, sondern waren immer überzeugt, daß Bildung eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes ist. In diesem Sinne ist Bildungspolitik vor allem auch Strukturpolitik.

Ohne kluge Bildungspolitik und ein modernes Bildungssystem, dessen Strukturen immer wieder überprüft und neuen Herausforderungen angepasst werden, ist Entwicklung nicht denkbar.

Meine Damen und Herren, Bildung muß zwar einen hohen Stellenwert besitzen, ist aber nicht alles. Denn Kreativität und die produktiven Kräfte, die sie schafft und

freisetzt, benötigen auch ein entsprechendes Umfeld, in dem sie sich entfalten können.

Wir haben dies in unserer inzwischen gut zehnjährigen Arbeit in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, über die ich nun berichten will, bestätigt bekommen.

Als im Jahr 1990 die deutsche Wiedervereinigung stattfand und wir unsere ersten Aktivitäten in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas begannen, waren wir hinsichtlich deren weiterer Entwicklung zwar nicht euphorisch, aber doch optimistisch.

Waren nicht etliche Länder des sozialistischen Europa, allen voran die DDR, zu den Ländern gezählt worden, die in die Spitzengruppe der industriell entwickelten Staaten gehörten ? Die DDR belegte schließlich nach den offiziellen Zahlen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Platz 11 oder 12 der Weltrangliste. Polen, Ungarn und die CSSR folgten kurz dahinter. Die damalige UdSSR war in den Augen aller ohnehin eine politische, militärische und wirtschaftliche Weltmacht !

In fast allen Ländern des sich dann auflösenden "Warschauer Paktes" und des untergehenden COMECON gab es auch ein beachtliches Potenzial gut ausgebildeter Ingenieure, Facharbeiter und Handwerker.

REFERATE

Gut ausgebildetes, qualifiziertes Personal, eine zwar zum Teil veraltete aber funktionierende industrielle Infrastruktur und eine sich wandelnde Elite ließen damals auf geringe Probleme bei der Integration dieser Länder in das zusammenwachsende Europa schließen.

Wir waren also recht zuversichtlich hinsichtlich der Entwicklung der nun unabhängigen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Allerdings mußten wir dann ziemlich schnell feststellen, daß sich in all diesen Ländern wesentlich mehr Probleme ergaben als vorher vermutet.

Ursächlich dafür waren die vorherrschenden Strukturen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. In fast allen betroffenen Ländern waren diese vor dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ geprägt durch:

- Eine vollkommen zentralistisch von oben regierte Planwirtschaft, die noch bis auf das kleinste die Bedürfnisse des letzten Bewohners des entlegensten Dorfes vorhersehen wollte; eine auch nur rudimentäre Eigenständigkeit einzelner Produktionseinheiten war nicht vorgesehen;
- Die einzelnen Volkswirtschaften waren im Rahmen der Sowjetunion und des COMECON zum Teil hoch spezialisiert und nur durch den Warenaustausch innerhalb des COMECON lebensfähig; nach dem Ende dieses „Marktes“ – der quasi auf der Basis des „Tauschhandels“ funktionierte - waren sie nicht mehr in der Lage, notwendige Importe durch eigene Exporte zu „bezahlen“;

- Das politische und administrative System

war ebenfalls durch extremen Zentralismus gekennzeichnet; selbständiges Entscheiden und Handeln ohne Anweisung von oben war nicht vorgesehen; die ausufernde zentralstaatliche Bürokratie war nicht im Stande, auch nur in geringem Maße flexibel zu handeln;

- Es gab (bis auf wenige Ausnahmen) keinerlei zivilgesellschaftliche Strukturen.

Diese Charakteristika waren nicht in jedem der betroffenen Länder in gleicher Weise und in gleicher Stärke vorhanden, doch in ihren Grundzügen waren sie aber überall präsent, selbst in Ungarn, das doch bereits lange vor dem großen Umbruch 1989/90 vorsichtige und schrittweise Reformen in Richtung Marktwirtschaft eingeleitet hatte, oder in Polen, wo sich bereits seit Beginn der 80-er Jahre Ansätze für eine funktionierende Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft gebildet hatten.

Vor diesem Hintergrund begann die HSS im Jahre 1990 ihre Aktivitäten in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, die ich Ihnen im folgenden – anhand von Beispielen – näher erläutern möchte:

Die reformorientierte Projektarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Mitteleuropa, Südost- und Osteuropa (MOE) erstreckt sich auf folgende Länder: Ungarn seit 1990, Tschechische und Slowakische Republik seit 1991, Ukraine, Albanien und Rumänien seit 1992, Bulgarien seit 1993 und Kroatien seit 1996. Im Zuge des Balkanstabilitätspakts erfolgt im Jahr 2000 eine regionale Erweiterung auf Mazedonien und – soweit möglich – jetzt auf Serbien.

REFERATE

Zu unseren Kooperationspartnern vor Ort zählen im staatlichen Bereich Ministerien, Städte und Kommunalverbände, auf

nichtstaatlicher Ebene parteinahe Stiftungen, aber auch unabhängige Institutionen wie z.B. private Verbände und Universitäten.

In der Zusammenarbeit mit diesen Partnern setzen wir folgende Instrumente ein:

- Politischen Dialog und gesellschafts-politische Erwachsenenbildung,
- Verwaltungsförderung und Förderung der inneren Sicherheit,
- Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung,
- Institutionenförderung im nichtstaatlichen Sektor,
- Managementfortbildung und berufliche Ausbildung.

All diese Instrumente sind darauf ausgerichtet, in den europäischen Transformationsländern den Prozess der Anpassung an EU-Standards zu unterstützen bzw. in den Stabilitätspaktländern zur Krisenprävention beizutragen.

In den einzelnen Ländern fördern wir in diesem Rahmen folgende Aktivitäten:

Ungarn

Das schon vor der historischen "Wende" ansatzweise reformorientierte Ungarn entwickelt sich kontinuierlich von einer sozialistischen zu einer pluralistischen, marktwirtschaftlich ausgerichteten Demokratie auf der Grundlage eines freiheitlichen Rechtsstaates.

In Ungarn konzentriert sich die Projektarbeit schwerpunktmäßig auf die kommunale Selbstverwaltung und die Integrationsanstrengungen des Landes in

die Europäische Union. Zu ersterem werden regelmäßig Seminare und Workshops durchgeführt, die Aufgaben und Kompetenzen von Gemeinden oder Komitaten behandeln.

Das in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Innenministerium herausgegebene "Handbuch für Kommunalfragen", das als Leitfaden für kommunale Funktionsträger dient, ist dabei eine unentbehrliche Hilfe.

Im Mittelpunkt der ungarischen Außenpolitik steht die Durchführung und termingerechte Beendigung der laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union sowie die aktuelle Rolle Ungarns im Rahmen des Balkanstabilitätspaktes.

In Zusammenarbeit mit dem ungarischen Außenministerium haben wir daher das erste EU-Handbuch in ungarischer Sprache erarbeitet, das allen Fachleuten und Politikern sowie den weiterführenden Schulen zur Verfügung steht.

Der Reform des ungarischen Berufsschul- und Kammerwesens trägt die HSS durch ein speziell dem Fachbereich Bautechnik gewidmetes Projekt mit der südungarischen Stadt Pécs Rechnung. Berufsschüler erhalten in Modellklassen eine duale Berufsausbildung. Im Jahr 1996 wurde in Kooperation mit den örtlichen Kammern erstmals in reformierter Form eine Meisterausbildung für Maurer und Maler eingeführt. Das Bautechnik-Projekt in Pécs hat mittlerweile so großen Anklang gefunden, dass es in den kommenden Jahren zu einem großen, überregionalen Berufsbildungszentrum erweitert wird.

Tschechische Republik und Slowakei

Mit der **Tschechischen Republik** verbindet die Bundesrepublik Deutschland,

REFERATE

insbesondere den Freistaat Bayern, ein über Jahrhunderte gewachsenes, facettenreiches Nachbarschaftsverhältnis. Daher ist es für die HSS ein besonderes Anliegen, den Nachbarschaftsdialog tatkräftig zu unterstützen.

Dies geschieht insbesondere durch die Förderung regelmäßiger Begegnungen zwischen Kommunalpolitikern, Verwaltungsfachkräften oder Polizeiexperten aus beiden Ländern, um durch eine ständige Kommunikationsplattform zu einem regen bilateralen Erfahrungsaustausch und zu intensiver grenzüberschreitender Zusammenarbeit beizutragen.

Auf besonders positive Resonanz stößt hierbei ein von der HSS mit herausgegebener zweisprachiger "Verwaltungsratgeber", der sowohl tschechischen als auch deutschen Verwaltungsfachkräften praktische Orientierung im jeweiligen Arbeitsalltag gibt.

Dem momentanen Stand der Anpassungsbemühungen der Prager Regierung an die Standards der EU Rechnung tragend, veranstaltet die HSS regelmäßig Seminare zu aktuellen Fragen der Harmonisierung tschechischen Rechts mit EU-Normen.

Weiterhin aktive Beratungshilfe leistet die HSS bei der Umsetzung einer umfangreichen Gebiets- und Verwaltungsreform, so z.B. hinsichtlich der Befugnisse der 14 neu gebildeten Bezirke, die gleichzeitig als Organe der Staats- und der Selbstverwaltung dienen sollen.

Bewegte sich die Tschechische Republik schon bisher konsequent auf die EU-Mitgliedschaft zu, so gilt dies nunmehr nach den Parlamentswahlen von 1998 auch für die **Slowakei**. Um diese Neuausrichtung zu unterstützen, setzt die HSS in ihrer Seminartätigkeit in der Slowakei weiterhin auf die Vermittlung demokratisch-pluralistischer Strukturen

sowie des Toleranzgedankens gegenüber Minderheiten in Staat und Gesellschaft.

Komplementär wird die Beratungstätigkeit zur Verwaltungsreform einschließlich der Regionalisierung fortgesetzt.

Ukraine

Nach einem Jahrzehnt ukrainischer Unabhängigkeit gilt die innenpolitische Stabilität des Landes keineswegs als gesichert. Der Transformationsprozeß im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich befindet sich noch immer im Anfangsstadium. Vor diesem Hintergrund befasst sich die HSS in ihrer Projektarbeit vorwiegend mit der bisher nur ansatzweise vollzogenen Modernisierung der Staats- und Kommunalverwaltung und beteiligt sich darüber hinaus beratend an der anvisierten Parlamentsreform.

Angesichts sich verdichtender Strukturen einer aus Osteuropa kommenden organisierten Kriminalität, die vor den Toren der EU nicht halt macht, beschäftigt sich die HSS auch mit der inneren Sicherheit der Ukraine. Im Zusammenwirken mit dem ukrainischen Innenministerium führt die HSS Fachseminare zu verschiedenen Bereichen polizeilicher Aufgaben durch. Ähnlich wie in allen anderen Projektländern Mittel- und Osteuropas versucht die HSS auch in der Ukraine als Mittler für intensive Kontakte zwischen polizeilichen Institutionen vor Ort und in Bayern zu fungieren.

Albanien, Bulgarien und Rumänien

In diesen drei südosteuropäischen Staaten, die als Nachzügler bei der staatlichen und wirtschaftlichen Transformation gelten, ist

REFERATE

die HSS jeweils mit einem Projekt der "Verwaltungsförderung und Institutionenbildung" vertreten.

Während in Bulgarien und Rumänien im Zuge der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1996 / 1997

erstmalig seit 1989 die Reformkräfte an die Regierung gelangten und somit der Transformationsprozess beschleunigt wurde, bildet Albanien hinsichtlich seines Entwicklungsstandes weiterhin mit Abstand das europäische Schlusslicht. Trotz einer dementsprechend unterschiedlichen, der aktuellen Situation angepaßten Schwerpunktsetzung umfaßt die Beratungstätigkeit in allen drei Ländern folgende Sektoren: Kommunalverwaltung, Innere Sicherheit, Finanzverwaltung und Privatisierung.

So unterstützt die HSS zum Beispiel in **Albanien** die Hauptstadt Tirana den Aufbau einer Polizeiakademie. Außerdem wird ein landesweites Trainingsprogramm für Steuerbeamte durchgeführt und komplementär zu den Seminaren mit der Staatsverwaltung versucht, den albanischen Städtetag als wirksame Instanz dezentraler, kommunaler Interessenvertretung zu etablieren.

In **Bulgarien** beteiligt sich die HSS an einem exemplarisch für die Region Plovdiv entwickelten modernen EDV-gestützten Aus- und Fortbildungsprogramm für Verwaltungsfachkräfte. Das Programm hat Modellcharakter und läßt sich auf weitere Regionen Bulgariens übertragen.

Kommunale Selbstverwaltung, Dezentralisierung und Rundfunk sind weitere Themen, denen wir uns bei der Arbeit in diesem Land widmen.

In **Rumänien** konzentriert sich das Beratungsangebot der HSS z.B. auf die bisher nur ansatzweise vollzogene Privatisierung in der Tourismusbranche.

Außerdem organisiert die HSS interaktive Managementkurse im Bereich Unternehmensführung und unterstützt u.a. die Verwaltungsschule Sibiu in ihren Bemühungen um Fortbildung der Kommunalfachkräfte. Dezentralisierung

und innere Sicherheit sind auch hier weitere Schwerpunkte.

Mazedonien, Serbien

Im Sinne von Krisenprävention und politischer Stabilisierung hat die HSS im Jahr 2000 ihre Projektarbeit auf Mazedonien ausgeweitet.

Soweit die politischen Umstände dies zulassen, werden auch in Serbien Seminare und Beratungsmaßnahmen durchgeführt. Das Angebot richtet sich insbesondere an Städte im grenznahen Bereich zu Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Hierbei kann u.a. auf gute Kontakte zwischen dem Verband der ungarischen Selbstverwaltung und Städten in der Vojvodina (Serbien) zurückgegriffen werden.

Kroatien

Das reformorientierte Kroatien entwickelt sich zunehmend zu einem Stabilitätsfaktor in der krisengeschüttelten Region des ehemaligen Jugoslawien. Dennoch erfährt das Land bisher kaum Unterstützung seitens der EU. Ausschlaggebend war hierfür u.a. die bis zu den letzten Wahlen starke nationale und autoritäre Prägung dieser noch unerfahrenen Demokratie.

Die HSS widmet sich in ihrer Projektarbeit in Kroatien deshalb insbesondere dem Aufbau des Rechtsstaates. Als Kooperationspartner fungiert u.a. das Institut für Menschenrechte des kroatischen Verfassungsgerichts, mit dem die HSS in mehreren internationalen Konferenzen aktuelle Fragen der kroatischen Verfassungswirklichkeit behandelte.

REFERATE

Die kommunale Ebene ist ein weiterer sektoraler Schwerpunkt der Projektarbeit, hier vor allem die Zusammenarbeit mit dem kroatischen Städte- und Gemeindetag. Im Zuge der Bemühungen Kroatiens um Annäherung an bzw. Integration in die

NATO und EU unterstützt die HSS auch die Diplomatische Akademie des kroatischen Außenministeriums, z.B. im Rahmen der Durchführung von Seminaren für Jungdiplomaten.

In Kooperation mit dem kroatischen Ministerium für Europäische Integration haben wir in diesem Jahr das erste CD-ROM-Lexikon in kroatischer Sprache zur Abdeckung der gesamten EU-Terminologie entwickelt.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, decken wir in unserer Zusammenarbeit mit den europäischen Transformationsländern eine breite Palette von Themen ab.

Als zentrale Erfahrung aus der inzwischen langjährigen Kooperation ist vor allem eines festzuhalten. Obwohl die Ausgangslage für alle betroffenen Länder relativ schlecht war, haben sie sich in den letzten zehn Jahren weit auseinander entwickelt.

Während Staaten wie Ungarn, Polen oder die Tschechische Republik bereits sehr weit fortgeschritten sind und sich für den Beitritt zur EU vorbereiten, haben andere wie Albanien, Rumänien, Bulgarien oder die Ukraine mit den notwendigen Reformen noch gar nicht richtig begonnen. Dies liegt nicht daran, daß etwa die Menschen z.B. in der Ukraine weniger

qualifiziert oder intelligent wären als die in Polen oder Ungarn. Der Grund liegt nach meiner Einschätzung im Unwillen oder in der Unfähigkeit der politischen Eliten der Nachzüglerstaaten, Reformen tatsächlich in Angriff zu nehmen und durchzusetzen. Stattdessen beschränkt man sich mit Scheinreformen und hält an den alten, längst nicht mehr funktionierenden Strukturen in Politik und Wirtschaft fest und versäumt es, wohl nicht zuletzt um der Sicherung eigener Privilegien willen, selbst hoch qualifizierten Menschen die adäquaten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Es ist nach meiner Meinung kein Zufall, daß sich auf die sogenannte „Green-Card-Initiative“ der deutschen Bundesregierung, mit der man qualifizierte Computerexperten aus aller Welt nach Deutschland locken will, vor allem auch junge Experten aus Ländern wie Bulgarien oder Rumänien gemeldet haben.

Darum, meine Damen und Herren, bin ich mir sicher, Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung eines jeden Landes, wenn sie für die Menschen zu deren eigenem Wohl und zum Wohl des eigenen Landes im eigenen Land nutzbar ist.

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, genügt allerdings ein modernes und effizientes Bildungssystem allein nicht. Das sollten wir alle beherzigen.